

ef vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
mstag 10 bis 17 Uhr,
nn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
rige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

Verlagssumme: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

gegründet 1861

rk

Dienstag, 5. September 1989

Blatt 1880

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Planungen für den Donaukanal (1881/FS: 4.9.)
- Schirmer: Partik-Pable sollte bestehende Gesetze und Maßnahmen kennen (1882/FS: 4.9.)
- U-Bahn-Station Stephansplatz: Aufzug wieder in Betrieb (1883/FS: 4.9.)
- Häupl: Gaspendelleitungen als erste Maßnahmen zur Ozonreduktion (1884)
- Abend-Impfstelle wieder geöffnet (1886)
- Jeden Donnerstag „Bürgerdienst-Tag“ in Hernals (1887)
- Frauenservicestelle am „langen Donnerstag“ mit Juristin (1888)
- Schirmer: Ansammlung allein kein strafbares Delikt (1889)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt (1887)

Kultur:

- Ausstellung im Bezirksmuseum Döbling (1885)

Planungen für den Donaukanal

Wien, 4.9. (RK-KOMMUNAL) Den aktuellen Planungsstand für den Donaukanal präsentierten am Montag die Stadträte Dr. Michael HÄUPL und Dr. Hannes SWOBODA bei einer Pressefahrt.

Im Februar dieses Jahres hatten Häupl und Swoboda im aktuellen Zusammenhang mit dem Bau des Rechten Donaukanal-Entlastungskanals auf der Seite des 3. Bezirkes einen Zwischenbericht zum Planungsstand und zu den Planungsabsichten im Bereich des Donaukanals vorgelegt.

Die heutige Pressefahrt fand zu einem mehrfach bedeutsamen Zeitpunkt im Entwicklungs- und Planungsprozeß im Donaukanalbereich statt:

- Das aus dem Wettbewerb „Chancen für den Donauraum“ kontinuierlich weiterentwickelte Leitprojekt für den Donaukanal ist inhaltlich fertig und wird im Oktober in einer Ausstellung öffentlich präsentiert.
- Die Planung des Leitprojektes im Auftrag der Stadtplanung verknüpft sowohl gestalterische, ökologische als auch funktionelle Ziele zu einer umfassenden Attraktivierung dieses Donauarms. Auf Basis dieser Gesamtplanung wird in den nächsten Jahren eine Fülle von Detailplanungen und Bauvorhaben durchgeführt werden. Das Schwergewicht (Kanal- und Wasserbau) wird dabei der Geschäftsgruppe Umwelt zukommen.
- Die ohnehin erforderlichen und festgelegten Bautätigkeiten um die Errichtung des Entlastungskanals und die laufende Sanierung ermöglichen in weiten Bereichen eine rasche Realisierung des Leitprojektes. Bis 1995 soll sich der Donaukanal zum attraktiven, zentral gelegenen Flußraum wandeln („Kleine Donau“).

Bei der Pressefahrt wurden sowohl die heutigen Problempunkte aufgezeigt als auch die beabsichtigten Verbesserungen vorgestellt:

- Die Uferzonen des Donaukanals in den Außenbereichen erhalten eine naturnahe Gestaltung. An Stelle der Steinwürfe und des derzeit gleichmäßigen sterilen Flußprofils werden natürlich differenzierte sanftere oder steilere Böschungen treten. Unter Wahrung der breiten Schiffahrtsrinne werden Seichtwasserzonen, Inseln mit Weiden u. a. geschaffen, die synchron mit der Verbesserung der Wasserqualität durch den Bau des Entlastungskanals verbesserte ökologische Bedingungen schaffen.
- Eine verbesserte, abwechslungsreiche Wegführung soll die Erholungssuchenden zufriedenstellen. Ergänzend wird die Zugänglichkeit aus dem Hinterland günstiger. Fußgängerunterführungen, direkte Ausgänge von U-Bahn-Stationen, Fußgängerbrücken oder Attraktivierung der Fähren sind begleitende Maßnahmen.
- Ein umfangreiches Begrünungskonzept wird die Maßnahmen abrunden und den Charakter als Erholungsbereich verstärken.
- Die innerstädtischen, teilweise denkmalgeschützten Bereiche sind dagegen als städtisch gestalteter Erholungsraum zu verstehen. Sanierungen im Sinne der Denkmalpflege für die Kaiserbadschleuse und einzelne Stiegenanlagen (z. B. bei der Robertgasse) sind vorgesehen.
- Zum Erleben als Flußraum gehört die Schifffahrt und der Zugang zum Wasser. Die Gestaltung des Vorkais, Schiffsanlegestellen oder Abtreppungen zum Wasser werden vorgeschlagen. Ein großzügiger Zugang von der Praterstraße zum Vorkai wird auch das attraktive Sonnenufer des 2. Bezirkes einbeziehen.

Die nun unmittelbar folgenden Maßnahmen werden Ufergestaltungen im 3. und 2. Bezirk sein. Die Fortsetzung des Kanalbaues beiderseits der Wienalmündung bis zum Stadtpark und weiter zum Schwedenplatz wird die Stadtverwaltung in den nächsten beiden Jahren beschäftigen. Dort soll mit einem gleichzeitig zu errichtenden Fuß- und Radweg über dem Kanal eine neue Verknüpfung von hochwertigen Erholungszonen entstehen.

Diese rasche Umsetzung vieler Vorschläge des Leitprojektes wird durch eine gesicherte Finanzierung aus Mitteln des Wasserwirtschaftsförderungsfonds (für Kanalbau) wesentlich erleichtert.

Auch bei der Gestaltung der unmittelbaren Uferzone werden Bundesmittel der Wasserstraßendirektion die Umsetzung der Pläne erleichtern. Die Stadt Wien wird diese Gestaltungsspielräume im Sinne des Leitprojektes nützen und ihren Beitrag zu einer Gesamtverbesserung leisten, betonten die beiden Stadträte. (Schluß) lf/gg

Bereits am 4. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Schirmer: Partik-Pable sollte bestehende Gesetze und Maßnahmen kennen

Bereits am 4. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 4.9. (RK-KOMMUNAL) „Die von allen demokratisch denkenden Menschen erfreut begrüßte Tatsache, daß Ostblockstaaten ihre Grenzen öffneten, hat leider in Wien wie in anderen Städten zu Problemen örtlicher Belästigung geführt. Diese Probleme sind der Stadt Wien schon lange bekannt, entsprechende Gegenmaßnahmen werden durchgeführt. Die freiheitliche Nationalratsabgeordnete Dr. Helene PARTIK-PABLE allerdings hat offensichtlich erst jetzt etwas von den Schwierigkeiten am Mexikoplatz gehört, nichts dagegen von den gemeinsamen Aktivitäten von Zoll, Polizei und Marktamt vernommen“. Das erklärte Stadträtin Christine SCHIRMER Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung der FPÖ-Abgeordneten. Schirmer wies neuerlich darauf hin, daß bereits seit Monaten koordinierte Aktionen der entsprechenden Dienststellen stattfinden. Die Stadt Wien ist, erklärte Schirmer, bemüht, das Problem im Rahmen der bestehenden Gesetze zu verringern. So hat das Marktamt ein spezielles Team nur für den Mexikoplatz eingesetzt, das an Werktagen (inkl. Samstag) täglich und mehrmals auch an Sonntagen kontrolliert. Auch die Polizei ist mit täglichen Streifen, mit der Hundestaffel der Verkehrsabteilung und auch mit der Schulabteilung am Mexikoplatz unterwegs.

„Der Stadt Wien ist natürlich die schwierige Situation der am Mexikoplatz lebenden Bevölkerung bewußt“, betonte Schirmer. Und selbstverständlich geschieht auch etwas dagegen. So wurden heuer bis 26. August allein vom Marktamt 1.117 Anzeigen und Beschlagnahmungen durchgeführt und 7.841 Organmandate verhängt. Daß sich die strengen Kontrollen positiv auswirken, zeigt aber auch die Frequenz am Mexikoplatz, die nach offiziellen Schätzungen von etwa 2.000 Menschen täglich noch vor wenigen Monaten auf jetzt 200 bis 500 Personen zurückging.

„Allerdings ist es befremdend, daß Frau Dr. Partik-Pable, eine Juristin in erster Linie den Bürgermeister der Stadt Wien auffordert, initiativ zu werden, da gerade sie ja die bestehenden Gesetze, die ja nicht erst bei den Toren Wiens beginnen, kennen sollte“, sagte Schirmer. Das Problem sei auch kein reines Wiener Problem: So werden noch diese Woche Berliner Beamte — „wie auch Frau Dr. Partik-Pable wissen müßte, sind die durch die erfreuliche Öffnung der Grenzen gegebenen Auswirkungen nicht auf Wien beschränkt, sondern betreffen fast alle Großstädte Europas“, meinte Schirmer — zu einer Besprechung ins Wiener Rathaus kommen, um gegenseitig Erfahrungen auszutauschen und weitere Schritte zur Erleichterung der Situation für die jeweils betroffenen AnrainerInnen zu beraten. (Schluß) hrs/gg

U-Bahn-Station Stephansplatz: Aufzug wieder in Betrieb

Wien, 4.9. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Umbauarbeiten im Bereich der U-Bahn-Station Stephansplatz für den Betrieb der U-Bahn-Linie U 3 ergab sich die Notwendigkeit, auch die bereits bestehenden zwei Aufzüge umzubauen. Ab sofort steht vorerst ein Aufzug wieder zur Benützung frei, der zweite folgt voraussichtlich in zwei Wochen.

Die Aufzüge entsprechen dem Gestaltungscharakter der U-Bahn-Linie U 3 und sind benutzerfreundlich als Glaskabinen mit einem Fassungsraum von je 21 Personen in einem Aufzugsschacht, der großteils aus einer Stahl/Glas-Wand besteht, ausgeführt. Die Aufzüge überwinden einen Niveauunterschied von 17,5 Metern und verbinden vorerst das Bahnsteiggeschoß der U-Bahn-Linie U 1 mit dem Passagengeschoß.

Die Eröffnung von zwei weiteren Zusteigestellen in den beiden Bahnsteiggeschossen der U-Bahn-Linie U 3 sowie eines dritten, vorläufig als Bauaufzug genutzten Aufzuges ist für März 1991 vorgesehen. (Schluß) pz/gg

Bereits am 4. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Häupl: Gaspendelleitungen als erste Maßnahmen zur Ozonreduktion

Wien, 5.9. (RK-KOMMUNAL) Die Einrichtung von Gaspendelleitungen bei Tankstellen als vorrangige Maßnahme gegen die zunehmende Ozonbelastung der Luft forderte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Dienstag. Das bodennahe Ozon, ein farb- und geruchloses, in höheren Konzentrationen giftiges Gas, ist ein Sekundärschadstoff, der in einem langwierigen chemischen Prozeß entsteht, und zwar, wenn Stickoxide und Kohlenwasserstoffe unter intensive Lichteinstrahlung kommen. Diese Schadstoffe werden zu einem Großteil aus Kraftfahrzeugen bzw. beim Tanken emittiert. „Deshalb ist es notwendig, zur Verringerung der Ozonbelastung beim Luftverschmutzer Nummer eins, dem Kraftfahrzeug anzusetzen“, erklärte Häupl. Neben dem Dreiweg-Katalysator zur Autoabgasreduktion ist auch der in das Fahrzeug eingebaute Aktivkohlefilter ein probates Mittel, um die Umwelt von Benzindämpfen zu entlasten. Laut Berechnungen der Hauptabteilung Umweltplanung im Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf gehen jährlich 517.000 Tonnen Kohlenwasserstoffe in Österreich in die Luft. Häupl dazu: „Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, daß beim Tankvorgang beachtliche Mengen an Kohlenwasserstoffen an die Umwelt abgegeben werden, die zur Bildung von Ozon beitragen. Mit Hilfe von luftdicht abschließenden Gaspendelleitungen bei den Tankstellen könnten die Dämpfe wiederum zurückgeführt und damit nicht nur eine Emissionsverminderung sondern auch eine Treibstoffersparnis herbeigeführt werden“.

In der Schweiz sind derzeit 40 Tankstellen mit Gaspendelleitungen der unterschiedlichsten Systeme ausgerüstet. Regelmäßige Emissionsmessungen bei diesen Tankstellen haben ergeben, daß in Summe etwa 60 Prozent der ansonsten auftretenden Emissionen durch die Gaspendelleitungen vermieden werden können, bei besonders günstig eingerichteten Anlagen sogar mehr als 80 Prozent. In den USA wurde bereits die optimale Ausführung der Zapfpistolen bis ins Detail entwickelt und normiert. Da jedoch in Europa die Tankstutzen der Kraftfahrzeuge nicht ausreichenden Ausführungsvorschriften unterliegen, müßte in Österreich dieses Problem z.B. mit Zwischenstücken zwischen Tankstutzen und Zapfpistolen gelöst werden.

„Angesichts der positiven Erfahrungen mit Gaspendelleitungen in der Schweiz und der Befürwortung derartiger Einrichtungen von Frau Bundesminister Flemming im Rahmen der Pressekonferenz nach dem kürzlich stattgefundenen Umweltminister-Treffen, halte ich es für notwendig, so bald wie möglich die ersten Schritte zur Realisierung dieser Luftverbesserungsmaßnahme zu setzen“, schloß Häupl. (Schluß) du/bs

Ausstellung im Bezirksmuseum Döbling

Pastell- und Ölbilder von Stania Donnerberg

Wien, 5.9. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Döbling, Villa Wertheimstein, Döblinger Hauptstraße 96, ist von 7. bis 24. September eine Ausstellung mit Pastell- und Ölbildern von Stania DONNENBERG zu sehen. Die Schau ist jeweils Donnerstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr, Samstag von 16 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen. (Schluß) gab/bs

Abend-Impfstellen wieder geöffnet

Wien, 5.9. (RK-LOKAL) Mit dem Ende der Ferien sind ab sofort die Abend-Impfstellen des Gesundheitsamtes wieder geöffnet. Insgesamt stehen drei Impfstellen, die auch Berufstätigen die Möglichkeit bieten, sich einer Schutzimpfung zu unterziehen, zur Verfügung.

Impfstellen:

- 1., Neutorgasse 18, jeden Donnerstag von 15 bis 17 Uhr,
- 10., Gellertgasse 42-46, jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr und
- 21., Freytaggasse 32, jeden Montag von 17 bis 19 Uhr.

Zur Zeit gibt es die Möglichkeit, sich unter anderem der kombinierten Impfung Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten, Diphtherie-Tetanus und Masern-Mumps oder Tetanus allein sowie gegen die Zeckenkrankheit zu unterziehen. (Schluß) zi/bs

Jeden Donnerstag „Bürgerdienst-Tag“ In Hernals

Wien, 5.9. (RK-KOMMUNAL) In Hernals, das bisher keine eigene Bürgerdienst-Stelle hatte, gibt es nun als ersten Schritt einen „Bürgerdienst-Tag“: Ab Donnerstag, den 7. September, wird der Bürgerdienst jeden Donnerstag von 8 bis 12 Uhr und von 13 bis 18 Uhr in neuen Räumlichkeiten im Amtshaus 17, Elterleinplatz 14, Erdgeschoß, für die BürgerInnen da sein. Telefonisch sind die MitarbeiterInnen des Bürgerdienstes an den Donnerstagen in Hernals unter der Telefonnummer 43 61 01/Klappe 245 Durchwahl zu erreichen.

Das gab Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt.

Außerhalb der „Bürgerdienst-Donnerstage“ im 17. Bezirk steht natürlich, so wie bisher, der Bürgerdienst Ottakring für den 16. und 17. Bezirk, 16, Richard-Wagner-Platz 19, Telefon 492 41 86, Montag bis Mittwoch und Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 18 Uhr, zur Verfügung. (Schluß) hrs/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt

Wien, 5.9. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Josefstadt tritt am Mittwoch, dem 6. September, um 17 Uhr in der Bezirksvorstehung 8, Schlesingerplatz 4, zu einer Sitzung zusammen. (Schluß) end/bs

Frauenservicestelle am „langen Donnerstag“ mit Juristin

Wien, 5.9. (RK-KOMMUNAL) In der Frauenservicestelle, Telefon 48 70 66, im Büro Stadträtin Schirmer im Rathaus arbeitet nun an den „langen Donnerstagen“, also jeden Donnerstag von 15.30 bis 18 Uhr, eine Juristin: Frau Mag. BENZING, die aus dem Sozialbereich kommt, wird die Betreuerin der Frauenservicestelle, Anna STIEDL, nicht nur unterstützen, sondern vor allem den rat- und hilfeschuchenden Frauen erste Auskünfte in rechtlichen Fragen geben.

Allerdings kann und wird sie natürlich eine/n eventuell notwendige/n Anwalt/Anwältin nicht ersetzen. Insgesamt konnte die Frauenservicestelle bisher rund 1.500 Frauen, die sich telefonisch meldeten oder selbst vorbeikamen, helfen — nicht eingerechnet die Anrufe von Frauen, die an andere Mitarbeiterinnen der Frauenstadträtin und an sie selbst gelangten. Die Schwerpunkte bei den Problemen sind nach wie vor in erster Linie Wohnungsangelegenheiten, Sozialprobleme, Scheidung und Eheprobleme und der Arbeitsplatz. Seit einiger Zeit kommen aber auch immer wieder Frauen mit ihren Problemen mit den Kindern — Schwierigkeiten bei der Erziehung, Besuchsrechtsregelung nach Scheidungen oder die Frage nach dem Lehrplatz für Jugendliche. Das berichtete Frauenstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Frauenservicestelle ist allerdings keine Wohnungsvermittlung und kann auch keine Arbeitsplätze verschaffen. Wo die Mitarbeiterinnen nicht selbst helfen können, werden die Frauen direkt zu einer Kontaktperson bei der zuständigen Stelle oder Beratung, in und über die Gemeinde Wien hinaus, vermittelt.

Ziel der Frauenservicestelle ist es in erster Linie, den Frauen — wenn nicht sofort geholfen werden kann — eine möglichst effiziente Information über das Netz der vorhandenen Beratungsstellen anzubieten, die sich konkret mit den Problemen und deren Lösung befassen. Die Frauenservicestelle im Büro Stadträtin Schirmer im Rathaus, 6. Stiege, Halbstock, Zimmer 230, ist Montag bis Freitag von 8.30 bis 15 Uhr sowie am „langen Donnerstag“ bis 18 Uhr für die Frauen da.

Im September beginnt außerdem eine Studie bzw. Erhebung der MA 66 über die Situation der Frauen in Wien. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden im Frühjahr 1990 vorliegen und als Grundlage für ein Frauenförderungsprogramm dienen.

Das von der verstorbenen Stadträtin Friederike SEIDL 1985 initiierte Frauenförderungsprogramm im Rahmen der Verwaltungsakademie der Gemeinde Wien hat schon in einigen Bereichen Verbesserungen gebracht, sagte Schirmer. Fünf der 19 Magistratischen Bezirksämter werden heute von Frauen geleitet. Bei den Magistratsabteilungen gibt es allerdings derzeit keinen weiblichen Abteilungsleiter, jedoch in einigen Abteilungen Stellvertreterinnen. Die Amtstitelverordnung nimmt seit Juli 1988 auch auf Beamtinnen, Amtsrätinnen, Direktorinnen usw. Bedacht. In Wien gibt es seit Dezember 1987 fünf Lenkerprüferinnen; im Tischlereibetrieb der MA 54, bisher eine Männerdomäne, beginnen jetzt zwei weibliche Tischlerlehrlinge ihre Lehre. (Forts. mögl.) hrs/gal